

GEDANKEN AUS DER CHEFREDAKTION



Populismus der Linkspartei entlarven

Die Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen liegen hinter uns. Der Einzug der populistischen Linkspartei ist eine echte Schande für die Demokratie. Eine kritische Betrachtung der neuen Abgeordneten der Linkspartei bieten daher die Seiten 10 und 11. Titelschwerpunkt ist diesmal die Frage, welche Auswirkungen das Vordringen des Islam für Deutschland und Europa haben könnte. Vor allem die Integration muslimischer Zuwanderer nach den umstrittenen Äußerungen des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan rückt auf den Seiten 6 bis 9 ins Blickfeld.

Eine vergnügliche Lektüre wünscht die Chefredaktion
Stefan Ewert & Sidney Pfannstiel

POLITSPIEGEL

Immer wieder Thierse



Die Kette von Peinlichkeiten des Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages, Wolfgang Thierse (SPD), reißt nicht ab. Im Mai des vergangenen Jahres verglich er Maßnahmen zur Sicherung des G-8-Gipfels in Heiligendamm mit

„Stasi-Methoden“. Im November stand er kurz vor dem Rücktritt, nachdem er das Andenken an die verstorbene Frau Helmut Kohls beschmutzt hatte. Nun kann sich der vollbärtige Genosse auch das Etikett der Amtsanmaßung an die rote Fahne heften. In einem Schreiben an seine Bezirksverwaltung beschwerte sich Thierse über die Verlegung eines beliebten Wochenmarktes von der einen Seite des Berliner Kollwitzplatzes auf die andere - nämlich vor sein Wohnhaus. „Demokratische Gremien wurden nicht einbezogen“, schreibt er über den Umzug des Marktes, obwohl die örtliche SPD im Januar bei einer Ortsbegehung zugestimmt hatte. Abgesehen davon, dass Thierse die eigenen Genossen offenbar nicht als demokratisches Gremium betrachtet, beschwerte er sich nicht als Bürger und Anwohner, sondern - im Briefkopf erkenntlich - als Vizepräsident des Deutschen Bundestages. Das sei aber nur ein Versehen gewesen. Nicht Thierse natürlich, sondern seiner Sekretärin.

» Mehr in der ENTSCHEIDUNG

Diesmal als EXTRA mit im Heft: Die JU-Energiesparbroschüre, die auch ab sofort im JU-Shop erhältlich ist!



Lesen, wie die Schwarzen denken: Seit über 50 Jahren ist DIE ENTSCHEIDUNG das Magazin der Jungen Union Deutschlands: Alle 2 Monate aktuelle politische Informationen aus dem Verband und für den Verband - und das ab 10,- Euro im Jahr! Abonnieren lohnt sich unter



POLITSPIEGEL

Völker hört die Signale

Wie in den meisten Bundesländern stehen die Partei DIE LINKE, deren Jugendorganisation Linksjugend [‘solid] und der Studentenverband Linke.SDS auch in Rheinland-Pfalz unter Beobachtung des Verfassungsschutzes, da nach Auffassung des dortigen Innenministeriums „tatsächliche Anhaltspunkte für linksextremistische Bestrebungen“ bestehen. Dazu nimmt die Linksjugend [‘solid] wie folgt Stellung: „Wir, der LandessprecherInnenrat der Linksjugend [‘solid] Rheinland-Pfalz, weisen diese Kritik an uns und unserer Mutterpartei scharf zurück. Nach unserer Überzeugung ist ein selbstbestimmtes und freies Leben jeder/ jedes Einzelnen aber nicht innerhalb des Kapitalismus zu ermöglichen, deshalb kämpfen wir für den demokratischen Sozialismus.“

» Mehr in der ENTSCHEIDUNG

INTERVIEW

„Konservativ ist modern!“

Sie ist seit dem Münchner Parteitag im September 2007 die Chefin im Franz-Josef-Strauß-Haus: CSU-General-Sekretärin Christine Haderthauer MdL. Die ENTSCHEIDUNG sprach mit der Rechtsanwältin über den Einsatz von Florett und Degen, die Auseinandersetzung mit der Linkspartei, die Rolle der CSU in Berlin und die bevorstehenden Wahlkämpfe in Bayern.

ENTSCHEIDUNG: Seit Herbst letzten Jahres sind Sie Generalsekretärin der CSU. Wie sieht Ihre erste Bilanz nach rund 100 Tagen aus?

Christine Haderthauer: Sehr positiv. Ich bin ja in einer Zeit

zur Generalsekretärin berufen worden, die durch zwei Jahre mit vier wichtigen Wahlkämpfen geprägt ist. 2008 stehen in Bayern Kommunal- und Landtagswahlen an, 2009 dann die Europawahl und die Bundestagswahl. Mein Dienstbeginn liegt mitten im Kommunalwahlkampf, was den Vorteil hat, dass ich sehr viel herumkomme. Ich mache seit Januar fast jeden Abend eine Wahlkampfveranstaltung und an den Wochenenden sogar täglich zwei bis drei. Darüber hinaus birgt die neue Struktur an der Parteispitze, mit einem Parteivorsitzenden, der nicht zugleich Ministerpräsident ist, besondere Herausforderungen. Für die Parteiarbeit im Franz-Josef-Strauß-Haus ergeben sich dadurch neue Aufgaben und auch neue Chancen.

ENTSCHEIDUNG: Diese neue Struktur, das Tandem Huber-Beckstein harmonisiert bislang. Das konnte man zuletzt auch beim politischen Aschermittwoch in Passau sehen. Wie sehen Sie Ihre Rolle im Zusammenspiel der beiden?

Christine Haderthauer: Der Parteivorsitzende Erwin Huber und der Ministerpräsident Günther Beckstein stehen in enger Absprache mit unseren Bundesministern Michael Glos und Horst Seehofer, mit Peter Ramsauer als Chef der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und mit Markus Ferber als Sprecher der CSU-Gruppe im Europäischen Parlament. Meine Aufgabe ist es, diesen Kommunikationsprozess mit zu organisieren und die Politik der CSU über alle Ebenen hinweg zu koordinieren. Das läuft hervorragend. [...]

» Mehr in der ENTSCHEIDUNG

JU HAMBURG

„In guten Händen“



Dieser Slogan der CDU im Hamburger Wahlkampf verdeutlicht mit einem Satz, wie das Gefühl vieler Hamburger ist: Seit der Ablösung der SPD durch die CDU und Ole von Beust nach deren 44-jähriger Regierungszeit im Jahr 2001 geht es mit der Hansestadt endlich bergauf.

Vor dem Regierungswechsel nahm Hamburg in wichtigen Bereichen beim Ländervergleich einen hinteren Platz ein

- hatte die Stadt doch eine der höchsten Arbeitslosenquoten, einen immensen Schuldenberg und gehörte mit zu den Kriminalitätshochburgen in Deutschland. „Inzwischen können wir in Hamburg dank des CDU-Senats mit einem ausgeglichenen Haushalt und Null-Neuverschuldung, einer gut ausgestatteten Polizei - und damit 80.000 Straftaten weniger als 2001 -, einer Spitzenstellung bei der Kinderbetreuung und einer wachsenden Zahl von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen - über 22.000 allein seit 2005 - eine erfolgreiche Bilanz vorweisen“, so die JU-Landesvorsitzende Ina Diepold. „Und dies dürfen wir uns nicht durch eine erneute rot-grüne Regierung kaputt machen lassen!“ Besonders freut sie, dass gerade die Forderung der JU, endlich ein Schuldenverbot in Hamburgs Verfassung einzuführen, in der Bürgerschaft durch die CDU-Mehrheit beschlossen wurde. Nur so sei die Bedeutung einer nachhaltigen Finanzpolitik für nachfolgende Generationen noch einmal verdeutlicht worden. Dass Hamburg mit seinem Kurs richtig liegt, beweist die Tatsache, dass Hamburg in den letzten sechs Jahren allein 30.000 neue Einwohner, insbesondere junge Menschen, begrüßen konnte. [...]

» Mehr in der ENTSCHEIDUNG

JU BAYERN

„Bereit für Verantwortung“



„Wir haben die Köpfe - wir haben die Konzepte!“ Mit diesem Ruf eröffnete der JU-Landesvorsitzende Stefan Müller MdB den Kommunalwahlkampf der JU Bayern bei der Landesversammlung in Bad Windsheim.

Am 2. März wird in den bayerischen Gemeinden, Städten und Landkreisen abgestimmt. Bei den letzten Wahlen 2002 waren 1.700 junge Kandidaten in die kommu-

nalen Gremien gewählt worden. Die Junge Union hatte sich dabei rechnerisch als viertstärkste Kraft in Bayern nach CSU, SPD und den Freien Wählern etabliert. JU-Chef Stefan Müller wünscht sich nun eine Wiederholung dieses Erfolgs: „Wir wollen wieder ein so überragendes Ergebnis wie 2002 einfahren.“ Neben den Bewerbern für die Kommunalparlamente kandidieren im Freistaat auch über 40 JÜler für Bürgermeisterämter. Mit Franz Kunz in Dillingen und Matthias Thürauf in Schwabach gibt es auch JU-Bewerber für Oberbürgermeisterämter. Ebenfalls einen aussichtsreichen Landratskandidaten weiß die Junge Union Bayern mit Matthias Dießl für den Landkreis Fürth in ihren Reihen.

Die Junge Union Bayern setzt in ihrer Kampagne auf eine umfassende Unterstützung für die Kandidaten und die Basisverbände: „Wir sind seit 2006 mit den Vorbereitungen dazu beschäftigt.“ So hat die JU durch erfahrene Wahlkämpfer ein umfangreiches Kommunalwahlhandbuch mit zahlreichen praktischen Tipps zur Wahlkampf-führung, Strategie, Kommunikation sowie Aktionsvorschlägen herausgegeben. [...]

» Mehr in der ENTSCHEIDUNG

BERLINALE

Auf bestem Weg: Filmstandort Deutschland

Zum siebten Mal lud die Junge Union Deutschlands gemeinsam mit der Daimler AG im Rahmen der Berlinale zum Filmpolitischen Empfang an den Potsdamer Platz, um Filmbranche und Politik zusammenzubringen. Der Vorstand der Filmförderanstalt FFA, Peter Dinges, zog vor den 150 Gästen eine höchst erfreuliche Bilanz des seit dem 1. Januar 2007 existierenden Deutschen Filmförderfonds (DFFF), der maßgeblich von Kulturstaatsminister Bernd Neumann MdB und in der Konzeption unter Mitwirkung der Jungen Union entstanden ist. Mit dem Fonds werden mit jährlich 60 Millionen Euro Filmprojekte finanziert - letztes Jahr alleine 99 Filme mit Gesamtherstellungskosten von 562 Millionen Euro. Erst mit dem DFFF konnten in den

letzten Monaten große „Hollywood“-Filme in Deutschland hergestellt werden, darunter auch der im Herbst erscheinende „Baader Meinhof Komplex“ von Constantin Film. Der Produktionsvorstand der Constantin Film AG, Martin Moszkowicz, stellte diesen bisher teuersten deutschsprachigen Film mit einem exklusiven knapp vierminütigen Zusammenschnitt dem begeisterten Publikum auf dem Empfang vor. Auch die von Staatsminister Neumann tags zuvor verkündete vorzeitige Verlängerung des DFFF über das Jahr 2009 hinaus wurde von der Branche ausdrücklich begrüßt. Die bayerische Bundestagsabgeordnete Dorothee Bär nannte den Filmpolitische Empfang eine „inzwischen feste Institution während der Berlinale“.

